

**Der Bundesminister  
für wissenschaftliche Forschung**

Bad Godesberg, den 31. Januar 1967

II 1 - 0104 - 6 - 22/66 II

An den Herrn  
Präsidenten des Deutschen Bundestages

**Betr.: Kosten und personeller Aufwand für die Studienreform**

**Bezug: Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Martin, Dr. Vogel  
(Speyer), Frau Geisendörfer, Dr. Geißler und Genossen  
— Drucksache V/1138 —**

Die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Martin, Dr. Vogel (Speyer), Frau Geisendörfer, Dr. Geißler und Genossen — Drucksache V/1138 — betreffend Kosten und personeller Aufwand für die Studienreform wird wie folgt beantwortet:

1. Welche finanziellen Aufwendungen sind voraussichtlich erforderlich, um die vom Wissenschaftsrat empfohlenen Maßnahmen zur Studienreform durchzuführen?
2. Welcher personelle Mehraufwand entsteht, wenn die Empfehlungen des Wissenschaftsrates durchgeführt werden?

Der Wissenschaftsrat hat in seinen Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen darauf hingewiesen, daß die Verwirklichung dieser Empfehlungen durchgreifende Maßnahmen voraussetzt. Welche Stellen für wissenschaftliches und sonstiges Personal künftig notwendig seien, lasse sich im einzelnen noch nicht überblicken. Für die einzelnen Fachrichtungen müßten Modelle aufgestellt werden, aus denen der Personalbedarf hervorgehe.

Um solche Modelle entwickeln zu können, müssen Erhebungen bei den Kultusbehörden der Länder angestellt werden, die wiederum zu Rückfragen bei den einzelnen Hochschulen führen.

Der Wissenschaftsrat hat sich inzwischen der Aufgabe angenommen, Modelle für die wichtigsten Fächer zu entwickeln. Seine Empfehlungen für die wissenschaftlichen Hochschulen bis zum Jahre 1970, die im Frühjahr 1967 verabschiedet werden sollen, werden das Ergebnis dieser Überlegungen enthalten. Anhand dieser Modelle wird es möglich sein, den finanziellen

Bedarf der Studienreform, soweit er auf zusätzlichem Personal beruht, zu errechnen. Ob darüber hinaus auch noch ein zusätzlicher Bedarf an Sachmitteln erforderlich sein wird, kann erst zu einem späteren Zeitpunkt festgestellt werden.

Gleichzeitig wird sich auch die Westdeutsche Rektorenkonferenz mit dieser Frage befassen. Bekanntlich sind die Empfehlungen des Wissenschaftsrates im Anschluß an die 56. Plenarversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz an die Fakultäten und akademischen Senate zur Einzelberatung weitergeleitet worden, die sich neben einer grundsätzlichen Stellungnahme zur vorgeschlagenen Studienreform auch zu den finanziellen Möglichkeiten ihrer Verwirklichung äußern sollen.

3. Welche Kosten entstehen insbesondere für das vom Wissenschaftsrat vorgeschlagene Kontaktstudium? Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um eine baldige Verwirklichung des Kontaktstudiums zu erreichen, zumal die Fortbildung der Akademiker in ihren rasch fortschreitenden Fachgebieten schon jetzt dringend erforderlich ist?

Bei dem Kontaktstudium handelt es sich um einen Vorschlag, eine bisher in der Bundesrepublik noch nicht vorhandene Möglichkeit für die Erneuerung der wissenschaftlichen Ausbildung der im Beruf stehenden Akademiker an den Hochschulen zu schaffen. Die Bundesregierung hat diesen Vorschlag wiederholt grundsätzlich begrüßt.

Um den finanziellen Bedarf des Kontaktstudiums errechnen zu können, müßten die Anforderungen, die an dieses Studium gestellt werden (Dauer und Häufigkeit der Wiederholung), und die Formen, in denen es sich vollziehen soll, festgelegt werden. Dabei müßte auch beachtet werden, daß die Erfordernisse in den einzelnen Wissenschaftsbereichen und den damit verbundenen Berufen voraussichtlich sehr unterschiedlich sind. Diese Fragen müßten von den verschiedenen Disziplinen und Berufsgruppen für ihren Bereich geklärt werden.

Erst wenn diese Voraussetzungen geklärt sind, besteht für die Bundesregierung in dem Bereich, in dem sie für die Berufsfortbildung zuständig ist, die Möglichkeit, Pläne für die Ausgestaltung dieses Studiums zu entwickeln.

**Stoltenberg**